

## Vorlage Stadtparlament

Datum 17. Juni 2025  
Beschluss Nr. 572  
Aktenplan 152.15.10 Stadtparlament: Motionen

### Erlass eines Reglements über den Auslandhilfefonds

#### Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Es wird ein Reglement über den Auslandhilfefonds (AFR) gemäss Beilage erlassen.
2. Es wird festgestellt, dass dieser Beschluss gemäss Art. 8 Ziff. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum untersteht.
3. Die Motion «1 % gegen globale Armut – für die internationale Entwicklungszusammenarbeit» wird als erledigt abgeschrieben.

---

#### 1 Ausgangslage

Am 22. Februar 2022 reichten die Fraktionen Grüne/Junge Grüne und SP/JUSO/PFG eine Motion zur Erweiterung der Gemeindeordnung durch einen neuen Artikel 3<sup>quater</sup> mit folgendem Wortlaut ein:

1. Die Stadt stellt für Auslandhilfe im Rahmen der Städtepartnerschaft und der Soforthilfe sowie für die internationale Entwicklungszusammenarbeit Beiträge in der Höhe von mindestens 0,5 % und höchstens 1 % des Fiskalertrags zur Verfügung.
2. Bei negativen Abschlüssen der Stadtrechnung können die Beiträge nach unten angepasst werden.
3. Die Stadt konzentriert sich dabei auf evidenzbasierte Projekte in Bereichen wie Gesundheit, Bildung, Ökologie, Klimaschutz und Nachhaltigkeit.
4. Ein Reglement regelt die genaueren Modalitäten.

Die Motionärinnen und Motionäre strebten an, für die Ausrichtung von Entwicklungshilfegeldern eine gesetzliche Grundlage zu schaffen und minimal 0,5 % und maximal 1,0 % der Fiskalerträge der Stadt St.Gallen für Entwicklungshilfeprojekte verwenden. Dies würde einem Betrag zwischen CHF 1,67 und CHF 3,32 Mio.<sup>1</sup> ergeben und im Maximum rund zwei Steuerprozenten entsprechen.

Der Stadtrat beantragte dem Stadtparlament die Erheblicherklärung mit geändertem Wortlaut.<sup>2</sup> In seinem Antrag führte der Stadtrat aus, dass die auswärtigen Angelegenheiten in erster Linie Sache des

---

<sup>1</sup> Stand Rechnung 2021: Fiskalertrag CHF 332,3 Mio., davon Eigene Steuern (CHF 269 Mio.); Steuern Jur. Personen (CHF 35,8 Mio.); Grundstückgewinnsteuer (13,6 Mio.) und Quellensteuer (13,9 Mio.).

<sup>2</sup> Vorlage an das Stadtparlament Nr. 1679 vom 3. Mai 2022, [Motion Fraktion Grüne/Junge Grüne, SP/JUSO/PFG-Fraktion: 1 % gegen globale Armut – für die internationale Entwicklungszusammenarbeit; Frage der Erheblicherklärung \(oca.ch\)](#).

Bundes seien. Das Engagement in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und der Auslandshilfe erachte er als wichtigen Beitrag, um Menschen in Not zu schützen und humanitäre Hilfe zu leisten. Daher unterstütze er die Bestrebungen der Motion. Er führte weiter aus, dass die vorgeschlagene Ergänzung der Gemeindeordnung jedoch Schwierigkeiten mit sich bringe und in einzelnen Punkten unklar formuliert sei. Zudem erachte er die von der Motion vorgeschlagene Summe als zu hoch, weil mit fokus25 in den nächsten Jahren Bestrebungen vorhanden seien, um das strukturelle Defizit und die Schulden zu reduzieren. Der Stadtrat schlug daher einen offeneren Motionsauftrag vor. Trotz angespannter finanzieller Lage der Stadt war er bereit, den bisherigen Betrag für die Entwicklungshilfe auf mindestens CHF 500'000 zu erhöhen und im Maximum auf CHF 1,0 Mio. zu begrenzen.

Die GPK, welche die stadträtliche Vorlage vorberiet, stellte anlässlich der Stadtparlamentssitzung vom 24. Mai 2022 einen Abänderungsantrag, der vorsah, dass der Fonds unabhängig vom Rechnungsergebnis immer mit einem fixen Betrag von CHF 500'000 geäuft wird. Der Motionsauftrag der GPK wurde der stadträtlichen Variante mit 57:1 Stimmen vorgezogen. Schliesslich obsiegte der Motionsauftrag in der Fassung der GPK mit 58:1 Stimmen gegenüber dem ursprünglich eingereichten Motionstext.

Der Stadtrat wurde beauftragt, dem Stadtparlament den Entwurf eines Reglements auszuarbeiten, mit welchem ein Entwicklungshilfefonds geschaffen wird. Folgende Rahmenbedingungen sind dabei zu berücksichtigen:

- Der Entwicklungshilfefonds wird jährlich mit einem fixen Betrag von CHF 500'000 geäuft. Der Fondsbestand darf die Summe von CHF 5,0 Mio. nicht überschreiten.
- Die Mittel des Entwicklungshilfefonds verwendet die Stadt für Auslandshilfe im Rahmen der Städtepartnerschaft und der Soforthilfe sowie für die internationale Entwicklungszusammenarbeit.
- Sie kann mit anderen Gemeinden zusammenarbeiten.
- Das Reglement regelt die Modalitäten.

Mit Beschluss des Stadtparlaments vom 20. August 2024 wurde die Vorlage des Stadtrats Nr. 4047 vom 6. Juni 2024 auf Antrag der GPK an den Stadtrat zurückgewiesen. Folgende Anliegen sollen in der Überarbeitung der Vorlage sowie des Reglements berücksichtigt werden:

- Soforthilfe: Entgegen den in der Vorlage ausgeführten Rahmenbedingungen, lässt die unterbreitete Formulierung im Reglement Soforthilfe, beispielsweise wie für die Opfer der Erdbebenkatastrophe im Grenzgebiet Türkei/Syrien, nicht zu. Zudem muss klar ersichtlich sein, dass Soforthilfen auch aus diesem Fonds ausgerichtet werden.
- Städtepartnerschaft: Die Unterstützung von Projekten aus der Städtepartnerschaft soll konkret im Reglement aufgeführt werden. So soll klar erkennbar sein, dass diese Beiträge aus diesen Fonds ausgerichtet werden.
- Maximalbetrag pro Projekt: Die Finanzkompetenz des Stadtrates für die Ausrichtung von Projektbeiträgen soll klar festgelegt werden. Eine Obergrenze pro Projekt und/oder Organisation soll definiert werden.
- Reglementsbezeichnung: Die Reglementsbezeichnung ist irreführend, da unter anderem auch Soforthilfen ausgerichtet sowie Projekte der Städtepartnerschaft unterstützt werden.

## **2 Bisherige Situation**

Die Stadt St.Gallen hat seit vielen Jahren die Praxis, Auslandhilfeprojekte privater Organisationen zu unterstützen. Dazu stand bis zum Jahr 2022 ein jährliches Budget von CHF 280'000 zur Verfügung, wovon CHF 84'000 im Rahmen einer Städtepartnerschaft mit Winterthur, Frauenfeld und Schaffhausen eingesetzt wurden. Seit dem Jahr 2023 wird ein Budgetbetrag von CHF 500'000 eingesetzt. Die Auswahl der Projekte orientiert sich dabei an den Themen Bildung, Ernährung, Gesundheit und Aufklärung.

## **3 Reglement über den Auslandhilfefonds**

Der Stadtrat erfüllt den Motionsauftrag und die Anliegen aus dem Rückweisungsauftrag mit der Vorlage des beiliegenden Reglements über den Auslandhilfefonds. Dieses regelt die Rahmenbedingungen der Förderung. Es wird nachstehend artikelweise kommentiert. Da zusätzlich zu Entwicklungshilfeprojekten auch Soforthilfe bei Grossschadenereignissen im Ausland aus diesem Fonds geleistet wird, heisst er Auslandhilfefond und die Leistungen werden nicht als Förderung, sondern als Beiträge bezeichnet.

- Art. 1 Der Grundsatzartikel legt Bestand und Zweck des Auslandhilfefonds fest. Als Fondsverwaltung wird diejenige Dienststelle eingesetzt, welche für nachhaltige Entwicklung zuständig ist; dies ist derzeit die Dienststelle Umwelt und Energie.
- Art. 2 Entsprechend dem Motionsauftrag wird der Auslandhilfefonds durch eine jährliche Einlage von CHF 500'000 aus dem Allgemeinen Haushalt finanziert, und der Bestand wird auf CHF 5 Mio. begrenzt.
- Art. 3 Es wird festgelegt, dass kein Rechtsanspruch auf die Zusprache von Förderbeiträgen besteht. Insbesondere können nicht mehr Förderbeiträge gesprochen werden, als dem Fonds Mittel zur Verfügung stehen.
- Art. 4 Sollten Förderbeiträge mit unwahren Angaben erwirkt oder nicht zum beantragten Zweck verwendet werden, so können sie ganz oder teilweise zurückgefordert werden. Dasselbe gilt bei Verletzung von Bedingungen oder Auflagen. Aus Gründen der Rechtssicherheit wird eine angemessene Verjährungsfrist festgesetzt.
- Art. 5 Bei den zu fördernden Projekten von Hilfsorganisationen muss es sich um internationale Entwicklungszusammenarbeit handeln. Darüber hinaus müssen drei Voraussetzungen erfüllt sein:
- Das Projekt muss in einem der ärmsten Länder der Welt durchgeführt werden. Als entscheidende Grösse wird der Global Multidimensional Poverty Index herangezogen. Dieser Index wird vom Entwicklungsprogramm der UNO publiziert. Er misst den Armutsgrad der in einem Land lebenden Menschen anhand einer Kombination mehrerer Einzelindikatoren aus den drei Dimensionen Bildung, Gesundheit und Lebensstandard.<sup>3</sup> Die vom

---

<sup>3</sup> <https://hdr.undp.org/content/2023-global-multidimensional-poverty-index-mpi#/indicies/MPI>.

Reglement festgelegte Grenze von 0,05 wird aktuell von 57 Ländern erreicht, dies sind knapp 30 % der Länder der Erde.

- Das Projekt muss religiös und politisch neutral sein, dies entspricht den üblichen Anforderungen eines staatlichen Fonds.
- Das Projekt darf nicht schon in anderer Weise von der Stadt St.Gallen unterstützt werden, wie z. B. vom Fonds Wasser-Rappen<sup>4</sup>. Damit wird unerwünschte Mehrfachförderung ausgeschlossen.

Art. 6 Die gesuchstellenden Organisationen sollen ein Minimum an Organisation aufweisen und sie sollen zu einem Zweck bestehen, der mit der Zielsetzung des Fonds übereinstimmt. Daher wird verlangt, dass es sich um eine juristische Person mit Sitz in der Schweiz handelt, die internationale Entwicklungshilfe oder Entwicklungszusammenarbeit im Zweck hat.

Damit die Fondsverwaltung genügend Zeit zur Beurteilung der Gesuche hat, müssen sie bis zum 30. September des jeweiligen Förderjahres eingereicht werden. Welche weiteren formellen Anforderungen erforderlich sind, soll die Fondsverwaltung festlegen.

Art. 7 Da sich Rahmenbedingungen verändern können, schreibt das Reglement nur vor, dass die Fondsverwaltung die eingereichten Projekte nach sachlichen Kriterien beurteilen soll. Die eingereichten Projekte werden anhand folgender Kriterien beurteilt.

- Global Multidimensional Poverty Index (MPI) des Landes;
- Verhältnis Administrationskosten zu Projektkosten;
- Hilfe zur Selbsthilfe;
- Langfristige Wirksamkeit;
- Schaffung Arbeitsplätze;
- ökologische Verträglichkeit;
- Verminderung der Abhängigkeiten;
- Förderung der Ausbildung und Aufklärung unter spezieller Berücksichtigung von Frauen;
- spezielle Berücksichtigung indigener Völker und Populationen;
- soziale Verträglichkeit und Partizipation.

Pro Projekt wird ein Maximalbeitrag von CHF 100'000 festgelegt. Die ermittelten Förderbeiträge werden dem Stadtrat zum Entscheid vorgelegt. Soweit erforderlich kann dieser die Zusprache von Beiträgen mit Bedingungen oder Auflagen verknüpfen.

Art. 8 Pro Jahr steht maximal ein Betrag von CHF 100'000 für die Unterstützung eines Projektes zur Verfügung, welches in Zusammenarbeit mit anderen Schweizer Städten oder Gemeinden evaluiert wird. Das Projekt und der beabsichtigte Beitrag werden dem Stadtrat vorgeschlagen. Der Stadtrat und die zuständigen Gremien aller anderen beteiligten Städte und Gemeinden beschliessen die Zusprache.

Art. 9 Zur Linderung der Folgen von Grossschadenereignissen im Ausland (z. B. infolge einer Naturkatastrophe, eines Krieges oder einer Epidemie) können Hilfswerke mit Sitz in der Schweiz mit Beiträgen von insgesamt höchstens CHF 100'000 pro Ereignis unterstützt wer-

---

<sup>4</sup> [Reglement über den Fonds Wasser-Rappen \(FWR\) vom 27. August 2019 \(SRS 512.51\).](#)

den. Die Fondsverwaltung schlägt die Beiträge vor, der Stadtrat entscheidet darüber. Auch hier kann die Zuspache mit Bedingungen oder Auflagen verknüpft werden.

Die Stadtpräsidentin:  
Maria Pappa

Der Stadtschreiber:  
Manfred Linke

Beilagen:

- Reglement über den Auslandhilfefonds (AFR)
- Motion vom 22. Februar 2022